

Objekttyp: **AssociationNews**

Zeitschrift: **Schweizerische Bauzeitung**

Band (Jahr): **93 (1975)**

Heft 42: **SIA-Heft, 7/1975: Konjunkturelle Perspektiven**

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

SIA-Heft 7, 1975

Konjunkturelle Perspektiven/Förderung der Tätigkeit im Ausland

SIA-Informationstagung vom 26. September 1975 in Bern

Dass der überlastete Bundesrat Brugger sich während der Herbstsession Zeit nimmt, die konjunkturelle Lage an einer Informationstagung des Schweizerischen Ingenieur- und Architektenvereins zu erläutern, unterstreicht den Ernst der Lage. Wir dürfen das Konjunkturgeschehen nicht mehr weiterhin mit der Wetterlage vergleichen, denn das würde einschliessen, dass nach schlechtem Wetter die gewohnte Zeit von sonnigen Tagen komme. Der Vergleich trifft besser zu mit einer Klimaveränderung.

Von einer steuerbaren Redimensionierung des Baugewerbes kann nun nicht mehr die Rede sein. Die Geschwindigkeit, mit der die Wirtschaft sich nun zurückbildet, ist in der Geschichte der Industrieländer noch nie beobachtet worden. Zur Sicherung von Arbeitsplätzen ist unser rohstoffarmes Land auch auf den Export von Dienstleistungen angewiesen. Für eine diesbezügliche Vermittlerposition des SIA setzten sich der SIA-Präsident A. Cogliatti und W. Romanowsky, Präsident der SIA-Fachgruppe für Arbeiten im Ausland, energisch ein. Es ist zu hoffen,

dass vermehrt Planungsaufträge im Ausland bearbeitet werden können und dass auch Bauausführungen folgen. Die Schwierigkeiten, die sich dabei allerdings ergeben, zeigte Generaldirektor Züblin der Gebr. Sulzer AG auf. Sie bestehen darin, dass meist voll ausgerüstete Fabriken zu festen Preisen und Terminen mit aller Garantie als Ganzes in Auftrag gegeben werden. Die dabei zu tragenden Risiken sind für den Bauunternehmer noch grösser als für den Maschinenfabrikanten, der wenigstens die Fabrikausrüstung unter vertrauten Bedingungen des eigenen Landes erstellen kann.

Die erfolgreiche Tagung hat den 300 Teilnehmern deutlich die Zusammenhänge aufgezeigt, die von wirtschaftlichen Problemen zu gesellschaftlichen, sozialen und politischen Auswirkungen werden. Die unternehmerische Eigenverantwortung wird wesentlich sein, doch bedarf es ein Zusammengehen von staatlichen Vorkehren, wie etwa die Exportrisikogarantie, mit privater Initiative.

Dr. Konrad Basler

Auftragsbestand und Beschäftigungslage aufgrund der SIA-Erhebungen

Vorschläge und Massnahmen des SIA

Von Ing. A. Cogliatti, Präsident des SIA, Zürich

DK 061.2:62:338.97

Beschäftigungslage im Sektor Planung und Projektierung

Wie repräsentativ sind unsere Grundlagen?

Bekanntlich führt der SIA jetzt halbjährlich eine Erhebung der wichtigsten Indikatoren bei rund 2000 Planungs- und Projektierungsbetrieben durch, nämlich bei allen, die in unserer SIA-Liste der Projektierungsbüros eingetragen sind.

Es darf mit Genugtuung festgestellt werden, dass die SIA-Umfrage seit dem 1. Januar 1975 noch repräsentativer geworden ist. Die Teilnahme hat sich um rund 25% auf nahezu 1000 Betriebe erhöht, umfasst etwa 12000 Mitarbeiter, was rund einem Drittel des Gesamtpersonalbestandes dieses Sektors in der Schweiz entsprechen dürfte.

Dieser Erhebung kommt auch deshalb besondere Bedeutung zu, weil die Indikatoren der Projektierungsphase für die nachfolgende Ausführung die Rolle eines «Vorwarnsystems» übernehmen (noch frühzeitiger wären wir informiert, wenn eine kumulierte Bauherrenstatistik für öffentliche und private Bauvorhaben erstellt würde).

Gesamtstimmung und konkrete Zahlen

Gerne hätte ich Ihnen heute den oft zitierten Silberstreifen am Horizont objektiv belegen wollen, waren doch zum Teil auch von offizieller Seite solche Erwartungen geäussert worden, im Gegensatz zur Umfrage des Delegierten für Konjunkturfragen im April, den Kommentaren der Unternehmerverbände und etlichen Firmenstatistiken. Leider müssen auch wir in aller Objektivität von einem *anhaltenden Wetterleuchten* am Bauhimmel berichten.

Weiterhin sinkende Auftragsbestände

In der Zeit vom 1. Januar bis 1. Juli 1975 sind die Auftragsbestände in Architektur- und Ingenieurbüros im Mittel noch einmal um rund 20% gesunken. Die Zahlenreihen im Vergleich zeigt Tabelle 1.

Auch im Sektor der reinen Planung und der Elektro- und Maschineningenieurbüros beträgt der Rückgang der Auftragsbestände rund 20%. Einzig die Kultur- und Vermessungsingenieure sind etwas geringeren Schwankungen unterworfen, wie bereits im Vorjahr.

Bezogen auf den Ausgangswert Januar 1974 (bereits 1 bis 2 Jahre nach den mutmasslichen Höchstständen) ergeben sich die Zahlen nach Tabelle 2.

Tabelle 1. Auftragsbestände in Architektur- und Ingenieurbüros

Auftragsbestände in %	1. 1. 75	1. 7. 75	1. 1. 75-1. 7. 75 am Rückgang beteiligte Betriebe in % der Befragten
Architekturbüro	100	79	58%
Ing. Büro (Hochbau)	100	80	68%
Ing. Büro (Tiefbau)	100	86	55%

Tabelle 2. Auftragsbestände in Architektur- und Ingenieurbüros bezogen auf den 1. Januar 1974

Auftragsbestände in %	1. 1. 74	1. 1. 75	1. 7. 75
Architekten	100	61	48
Bauingenieure	100	70	58 ¹⁾

¹⁾ Unter der Annahme, je die Hälfte des Auftragsvolumens betreffe den Hoch- und den Tiefbau.

Tabelle 3. Arbeitsvorrat am 1. Juli und 1. Januar 1975

	1. Juli 1975	(1. Januar 1975)
Architekturbüros	6,7 Monate	7,6 Monate
Bauingenieurbüros	6,2 Monate	6,6 Monate
Elektroingenieurbüros	6,0 Monate	
Kulturingenieurbüros	7,0 Monate	9,4 Monate
Mittelwert	6,5 Monate	7,4 Monate

Die Trendaussagen vom Januar haben sich für diesen Indikator weitgehend bewahrheitet. Rund $\frac{3}{4}$ aller Büros rechneten damals mit abnehmenden Auftragsbeständen, für rund $\frac{2}{3}$ aller Büros ist dies auch eingetroffen.

Weil der Hochbau unter der Rezession mehr leidet als der Tiefbau, sind die Architekturbüros stärker betroffen als die Ingenieurbüros. Wie weit die Exportanteile diesen Trend zu beeinflussen vermögen, ist schwer abzuschätzen.

Sinkende Personalbestände

Gesamthaft ergab sich im 1. Halbjahr 1975 ein Personalabbau von 12508 auf 11299 Mitarbeiter. Das sind 1209 oder 9,7%! Dazu die Verteilung:

Architekturbüros	-9,8%
Bauingenieurbüros	-9,8%
Elektroingenieurbüros	-3,0%
Kultur- und Vermessungsbüros	-2,3%

Dieses Ergebnis übertrifft sogar die pessimistische Trendaussage vom Januar. Wurde doch der mittlere Personalabbau für das ganze Jahr 1975 auf 8% (Architekten 11%) geschätzt. Die Prognose der Architekten war also realistischer als diejenige der Ingenieure.

Entsprechend niedrige Arbeitsreserve

Trotz den verminderten Personalbeständen hat sich der Arbeitsvorrat noch weiter zurückgebildet, und betrug im Mittel 6,5 Monate, im Gegensatz zu 7,4 Monaten am 1. Januar (Tabelle 3).

Daraus kann man grob folgern, dass die Verringerung der Auftragsbestände von rund 20% etwa zur Hälfte durch Personalabbau kompensiert wurden. Die Lage ist für den Arbeitsmarkt damit keineswegs konsolidiert und mit weiteren Entlassungen ist zu rechnen. Daraufhin weisen auch die Aussagen in Bezug auf den Auslastungsgrad.

Trotz vermindertem Personalbestand geben nur $\frac{1}{3}$ aller Befragten befriedigende Auslastung an, während $\frac{2}{3}$ ohne weiteres mehr Aufträge bewältigen könnten. Dies lässt auch in Bezug auf den Wirkungsgrad und damit auf die zu erwartenden Gewinne und Steuern keine günstige Prognose zu.

Nur geringe Verbesserung bei den Trendfragen

Stellt man für das zweite Halbjahr 1975 die mutmasslichen Neueinstellungen den zu erwartenden Entlassungen gegenüber, so ergibt sich gesamthaft nochmals ein Personalabbau von rund 300 Mitarbeitern, d.h. weitere 3%. Dazu rechnen 57% der Betriebe immer noch mit abnehmendem Auftragseingang!

Zwei Faktoren mögen diese gegenüber früher etwas optimistischeren Aussagen mitbeeinflusst haben:

1. Der Wille, das «Stammpersonal» wenn immer möglich durchzuhalten und
2. die Hoffnung, Stellen neu besetzen zu können, beispielsweise im Sinne unserer im Frühjahr gestarteten Aktion (auf die wir noch zurückkommen werden).

Zusammenfassende Beurteilung der heutigen Lage

- Wir sind mit dem Delegierten für Konjunkturfragen (Erhebung April 1975) und den Aussagen des Bauhauptgewerbes einer Meinung, dass die Talsohle für die Baubranche noch nicht erreicht ist, sogar dann nicht, wenn die besprochenen Trendaussagen für das 2. Halbjahr 1975 im Projektierungssektor zu pessimistisch wären! Bleiben sie hingegen wie bisher realistisch, müsste das tiefe Beschäftigungsniveau in der Vorbereitungsphase beinahe zwangsläufig zu Krisenerscheinungen im ganzen Gewerbe führen.
- Diese Folgerung für 1976 wird noch unterstützt durch die Erfahrung der letzten Zeit, dass die Sicherheit unserer Auftragsbestände nicht mit derjenigen von Werk- oder Lieferverträgen verglichen werden kann. Viele öffentliche und private Bauherren mussten ihre Mandate wieder zurückziehen, sei dies wegen negativen Volksentscheiden, Investitionsstops, mangelnder Nachfrage usw.
- Wir betrachten einen Arbeitsvorrat von nur 6 Monaten über einen längeren Zeitabschnitt als unhaltbar und für die heutige Branchenstruktur als Alarmsignal. Wir schätzen, dass sich dieser Indikator seit der Hochkonjunktur (trotz Verminderung des Personals um rund 25%!) auf etwa einen Drittel der Höchstwerte zurückgebildet hat.
- Diese scharfe Talfahrt erlaubt die Prognose, dass im Jahre 1976 der Anteil der Bauwirtschaft auch an einem allenfalls verminderten Sozialprodukt weniger als 15% betragen wird. Wenn wir in Engelberg zu Beginn des Jahres die Bauwirtschaft als ein zentrales volkswirtschaftliches Thema für 1975 einstufen, wird dies für 1976 noch vermehrt Gültigkeit haben.
- Auf dem Arbeitsmarkt rechnen wir heute bereits mit einer erheblichen Dunkelziffer von Arbeitslosen. Bestimmt haben viele von ihnen vorübergehend Teilzeitarbeit in anderen Branchen angenommen, nicht wenige verlängern künstlich ihre Studien und etliche leisten sich Auslandsaufenthalte. Bestimmt rechnen aber die meisten mit raschen Änderungen der Verhältnisse. Dafür gibt es aber leider noch keine konkreten Ansätze, und mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosen muss gerechnet werden.
- Die Aussichten für die Nachwuchsjahrgänge im letzten Schuljahr auf eine der Ausbildung angemessene Stelle bleiben schlecht.
- Der Auslesprozess wird für den Einzelnen und für die Firmen noch weitergehen. Ob sich dies vorwiegend nach achtbaren Prinzipien und mit vertretbaren Methoden abspielt, sei dahingestellt. Sie alle wissen von nützlichen Lehrbeispielen etlicher Pleiten, aber auch von tragischen Schicksalen.
- Trotz dieser wenig ermutigenden Tendenzbeschreibung gibt es unseres Erachtens keinen Grund, mittelfristig an einem gemässigten Wiederaufschwung zu zweifeln. Damit wollen wir nicht einfach wiederholen, was so landläufig in ganz Europa und Nordamerika gedruckt und verkündet wird. Denn trotz der unbestrittenen Verflechtung mit der Weltwirtschaft hat die Schweiz in vielen Belangen die Binnenprobleme auf ihre eigene Weise zu lösen. Die erwartete Verbesserung wird auch bei uns keineswegs von selbst eintreten. Nur eine gemeinsame Anstrengung von Volk und Behörden kann den Weg dazu weisen.
- Für die allernächste Zeit können und müssen kräftige Impulse von der öffentlichen Hand kommen. Ein solches Verhalten ist durchaus konform zu den seinerzeitigen Gegenmassnahmen während der Hochkonjunktur. Erst wenn wieder eine positive Einstellung breiter Volkskreise zurückgewonnen ist, kann erwartet werden, dass die Privatwirtschaft wieder mit den Investitionen einsetzt.

– Ganz klar ist, dass dem *Export* auch *unserer* Dienstleistungen eine entscheidende Bedeutung zukommt. Nur wenn dieser Anteil noch wesentlich gesteigert werden kann, ist mit einer vernünftigen Stabilisierung zu rechnen.

Konjunkturpolitik aus der Sicht eines Berufsverbandes

Das Schwergewicht liegt auf besserer Zusammenarbeit

Bei verschiedenen Anlässen haben wir in den letzten Jahren unsere Vereinspolitik dargelegt und in mehreren Fällen gezeigt, dass wir auch in manchen Fragen der Wirtschaftspolitik gewillt sind, aktive Beiträge zu leisten. Gerade die Zusammensetzung und die vielfältigen Kapazitäten unserer Mitglieder, vor allem aber der Verzicht auf eine einseitige Vertretung von Gruppeninteressen führt uns in zunehmendem Masse in Vermittlerpositionen. Diese Arbeit bildet geradezu den Kern unserer Normentätigkeit. Zu wenig bekannt ist immer noch, dass in etwa 60 Kommissionen viele hundert der besten Fachleute unseres Landes in der bewährten Art eines «Milizsystems» ständig bestrebt sind, die Regeln der Baukunst dem Stand der Entwicklung anzupassen. Soweit es dabei um Bedingungen für die Zusammenarbeit in der Branche, sei dies zwischen Bauherr und Unternehmer oder um Honorare zwischen Bauherr und Auftragnehmer geht, verhandeln wir in paritätischen Gremien.

Wir begrüßen auch die angebahnte Zusammenarbeit der ganzen Baubranche in der neugegründeten Schweizerischen Bauwirtschaftskonferenz (SBK) und werden dort im Rahmen unserer Vereinspolitik aktiv mitarbeiten. Die beteiligten Verbände sind der Meinung, dass die SBK zu einem beratenden Organ der Landesbehörden für eine eigentliche Bauwirtschaftspolitik heranwachsen soll. Die Ergebnisse der ersten Sitzungen und Aktivitäten bewerten wir als sehr konstruktiv und erhoffen uns dieselbe Auswirkung in den vorgesehenen Gesprächen mit den Behörden.

Für die heute zu besprechenden Probleme und Massnahmen liegt das Schwergewicht auch eindeutig auf der Notwendigkeit der Zusammenarbeit unserer Fachleute untereinander und mit den Behörden. Mit oder ohne neuen Verfassungsartikel entscheiden *sie* schlussendlich über den Kurs unserer Wirtschaft und übernehmen dafür die Verantwortung.

Wie die Mehrzahl unserer eigenen Mitglieder, arbeiten auch alle Herren unserer Vereinsleitung in verantwortlichen Positionen im Wirtschaftsleben. Wir wissen um den schmalen Pfad zwischen Inflation und Rezession, um die sogenannte Kunst des Möglichen und den Wert des richtigen Masses. Auch unterschätzen wir keineswegs die Kräfte hinter den Forderungen aller einseitigen Interessen. Wo immer man aber engagiert sein mag, setzen wir den zunehmenden Willen voraus, der Gesamtstabilität, verbunden mit einem sinnvollen, wohlfundierten Wirtschaftswachstum den Vorrang einzuräumen.

Der energetische Standpunkt

Diese Haltung entspricht eigentlich einem staatspolitischen Standpunkt, aber auch gleichzeitig einer *energetischen* Betrachtungsweise. Dies ist nicht etwa im Sinn der populären Energiefrage gemeint, sondern als Versuch zur Orientierung anhand von Energiebilanzen, Energieverlusten bei Umwandlungsprozessen, Wirkungsgraden gewisser Abläufe usw. Es ist offensichtlich, dass wir mit diesen Parallelen vorwiegend die Begriffe unserer stark naturwissenschaftlich orientierten Denkweise übernehmen und versuchen, sie im Wirtschaftsleben anzuwenden. Wir dürfen deshalb unsere Stellungnahme zu diesen Fragen geradezu als den *energetischen Standpunkt* bezeichnen.

Wir glauben, dass die traditionelle, wissenschaftliche Definition der Energie selbst, nämlich als das Vermögen, Arbeit zu leisten, auch für die Volkswirtschaft standhält. Als

Masseinheit dieser «Wirtschaftsenergie» bietet sich einzig der *Geldwert* an. Das tiefste Fundament eines solchen Vergleichs liefert vielleicht die klare Aussage führender Psychologen, dass in unseren Träumen das Geld direkt als Energiesymbol zu deuten sei. Es wäre allerdings Thema einer ganzen Abhandlung, sollten wir die Begriffswelt vollständig entwickeln. Zudem sind wir uns bewusst, dass eine anerkannte Basistheorie dafür noch fehlt. Die Unterscheidung zwischen offenen und geschlossenen Systemen ist nicht leicht in die Volkswirtschaft zu übertragen. Wir fassen diese Parallelen denn auch eher als Versuch auf, die oft sehr emotionell begründeten Zusammenhänge zu objektivieren, ohne die handelnden Menschen dabei – wie dies in der Naturwissenschaft noch möglich ist – auszuschalten.

Die wenigen Begriffe genügen aber doch, um einige Massnahmen, die üblicherweise zur Stabilitätspolitik gehören, energetisch zu bewerten und vor allem eine Unterscheidung verschiedener Prozesse in Bezug auf ihre Nützlichkeit für den Fortschritt zu gewinnen. Wir setzen voraus, dass ein fundiertes Wirtschaftswachstum nur durch Verbesserung der Umwandlungsprozesse im Sinne erhöhter Energiegewinne bzw. geringerer Energieverluste erreicht werden kann.

Zinssatzveränderungen zum Beispiel, oder automatisierte Lohn-, Renten- oder Preisanpassungen bewirken aber lediglich Änderungen der Masseinheit, eben des Geldwertes. Sie sind von keinem geeigneten Umwandlungsprozess begleitet. Noch offensichtlicher gilt dies für die reine Vermehrung der Geldmenge oder die Wechselkursschwankungen.

Solche Verzerrungen der Massstäbe bewirken wohl eine Neubewertung und Umgruppierung der Vermögen, erzeugen aber keinerlei volkswirtschaftlichen Gewinn. Höchstens könnten wir argumentieren, dass der unvermeidliche «Reibungsverlust» beim Betrieb all dieser «Apparaturen» ein fairer Preis sei für den erzielten Ausgleich sozialer Spannungen.

Ganz ähnliche Argumente könnten wir über das Versicherungs- und Fürsorgewesen anführen. Beides sind unerlässliche Instrumente einer humanen Demokratie. Sie können aber nur mit Hilfe einer fortschrittlichen und entsprechend ertragsreichen Wirtschaft finanziert werden.

Die heute notwendige intensive Förderung der Wirtschaft soll dementsprechend auch jene Prozesse aufsuchen und unterstützen, welche solche echten Gewinne versprechen:

- Neuartige Umwandlungsprozesse erwarten wir als Ergebnis der Grundlagen-Forschung
- Technische Verwirklichung dieser Vorhaben als Ergebnis angewandter Forschungen
- Breite Benützung der entsprechenden Erkenntnisse durch geeignete Verbreitung solcher Arbeiten (z.B. Normierungen)
- Die vielziertierte Rationalisierung entspricht der Verbesserung des Wirkungsgrades für die notwendigen Prozesse, und die
- verbesserte Kapazitätsausnützung jeder Art schliesslich einer Vermehrung bereits bewährter Prozesse.

SIA-Aktionen

Damit möchte ich überleiten auf unsere eigenen Aktionen, die sich heute vor allem mit dieser letzten Art von Verbesserungsvorschlägen befassen.

Aktion für Arbeitsplätze

Eben im Sinne einer besseren und sinnvollen Ausnützung freier Kapazitäten propagierten wir im Frühjahr eine Aktion für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze von Hochschulabsolventen im Bauwesen (siehe auch «NZZ» vom 28. April 1975). Der Vorschlag, den Aufwand hierfür zu gleichen Teilen den Beteiligten selbst, Ihren Arbeitgebern und dem Bund anzulasten, fand gutes Echo.

Spontan erhielten wir etwa 60 Angebote für solche Teilarbeitsplätze, die mit der Verpflichtung für zusätzliche, gezielte Weiterbildung gekoppelt sein werden. Eben so viele Interessenten waren sofort zur Stelle. Die positive Reaktion von Bundesrat Brugger führte rasch zu Verhandlungen mit den zuständigen Instanzen der Verwaltung. Leider haben wir aber heute eine Zusicherung für eine einzige Million Fr. zugunsten unserer Sofortaktion noch nicht erhalten können.

Auch in einer für den eigenen Nachwuchs schwierigen Zeit fällt es den Kreditstrategen offenbar leichter, Hunderte von Millionen für Entwicklungshilfe zu verschenken, als eine bescheidene Notaktion im eigenen Land zu unterstützen.

Es wäre bestimmt von volkswirtschaftlichem Nutzen, wenn unsere jungen Fachleute durch einen Solidaritätsakt ihre Ausbildung vertiefen und gleichzeitig im Wirtschaftsleben im eigenen Beruf tätig sein dürfen, statt von einer viel teureren Arbeitslosenversicherung unterstützt, das bereits vom Staat mitfinanzierte Studium wieder zu vergessen.

Im übrigen hat diese Aktion in weiteren Kreisen das vielschichtige Problem der Weiterbildung neu angeregt. Wir begrüssen diese Initiativen und sind der Meinung, dass Hochschulen, Behörden und Fachverbände in enger Zusammenarbeit ein lückenloses Konzept erarbeiten sollten, welches alle Möglichkeiten, vom «vollamtlichen» Nachdiplomstudium bis

zum gelegentlichen Besuch von Fachtagungen umfasst. Gerne werden wir unserer Kommission für Weiterbildung die entsprechenden Aufgaben stellen.

Das Hauptanliegen unserer Tagung steht ebenfalls unter dem Motto der verbesserten Kapazitätsausnutzung. Der Export unseres Know-how in Planung und Projektierung für Infrastrukturen und Bauten aller Art ist einer der wenigen, möglichen Auswege aus der fortgeschrittenen Rezession. Wir sind hier gegenüber dem Bauhaupt- und Nebengewerbe eher in einer privilegierten Position, weil für die Bedürfnisse der Entwicklungsländer unser hochentwickeltes Know-how eher gefragt ist, als die komfortable und entsprechend teure Qualität im Ausbau.

Die Vereinsleitung unterstützt deshalb einstimmig das Vorhaben der Fachgruppe, unter unserem Patronat, aber ausserhalb des SIA, eine gesamtschweizerische Zentralstelle in Form einer Stiftung zur Förderung des Exports von Dienstleistungen unserer Berufe zu gründen.

Alle befreundeten Organisationen laden wir herzlich ein, dieser Idee zum Durchbruch zu verhelfen, und von den zuständigen Bundesbehörden erhoffen wir uns jede mögliche Schützenhilfe. Das Projekt unserer Fachgruppe wird Ihnen Arch. Romanowsky selbst erläutern.

Konjunkturrückgang – vermehrter Export von Know-how und Dienstleistungen

Von M. Züblin, Winterthur

DK 061.2:62:338.97

Das Thema umschliesst scheinbar Problem und Lösung, doch vermehrter Export von Know-how und Dienstleistungen sind nur zwei – wenn auch aussichtsreiche – Möglichkeiten, den Konjunkturrückgang zu mildern. Dieser Beitrag befasst sich zunächst mit dem gegenwärtigen Konjunkturrückgang aus der Sicht der Maschinenindustrie und dabei, als Vertreter der Investitionsgüter-Industrie, mit der besonderen Lage dieses Bereiches. Im Hauptteil des Referates wird auf Lizenzpolitik und Know-how-Export in Form von Dienstleistungen, vor allem auf Probleme der Zusammenarbeit zwischen Maschinen- und Bauindustrie, hingewiesen.

Zur Konjunkturlage

Eine weltweite Rezession und grosse Währungsverschiebungen haben unsere industrielle Tätigkeit stark beeinträchtigt. Nicht nur der Bausektor leidet an Beschäftigungsmangel, auch die Maschinenindustrie hat Absatzschwierigkeiten – insbesondere im Export –, und ihr Auftragsbestand ist zurückgegangen. Pressemeldungen über Entlassungen und Kurzarbeit beunruhigen gleicherweise Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Regierungskreise. Man macht sich Sorgen um die Zukunft und stellt sich die Frage, ob alle Unternehmen der Maschinenindustrie von der Rezession betroffen seien, oder ob es stimme, dass einzelne Firmen ihren Personalbestand sogar erhöhen. Als Antwort darauf lässt sich vielleicht der Begriff «differenzierte Entwicklung» verwenden, der kürzlich in einem Pressebericht zu lesen war. Denn es ist schon so, dass nicht alle Zweige der Maschinenindustrie unter Nachfragerückgang leiden; und für gewisse Produktgruppen ist sogar ein vorsichtiger Optimismus berechtigt.

Der Beschäftigungsgrad industrieller Unternehmen ist von der Konkurrenzfähigkeit ihrer Produkte und der Kaufkraft sowie dem Kaufwillen der Abnehmer abhängig. Der hohe Kurs des Schweizerfrankens hat die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie erheblich verschlechtert; Kaufkraft

und Kaufwille haben nachgelassen. Unter diesem mangelnden Kaufwillen leidet vor allem die *Konsumgüterindustrie*, wobei auch hier nicht alle Branchen betroffen sind. Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung und Sorgen um den Arbeitsplatz führten zu erhöhter Spartätigkeit, und die Kaufunlust weiter Bevölkerungskreise verursachte einen raschen Rückgang der Nachfrage.

In der *Investitionsgüterindustrie* dagegen spielen andere Faktoren eine Rolle: Projektierung und Verwirklichung eines Kraftwerkes, einer Kläranlage oder eines Frachtschiffes sind *langfristige* Vorhaben. Wenn nicht Budgetkürzungen der öffentlichen Hand oder Engpässe in der Unternehmerliquidität hierzu zwingen, lassen sich potentielle Kunden durch vorübergehende Rückschläge nicht so leicht von solchen Investitionsvorhaben abbringen.

Von Bedeutung ist aber auch, dass Konstruktion und Fabrikation von Investitionsgütern, also grosser Anlagen und Maschinen, mindestens ein, meistens aber mehrere Jahre dauern. Eine Rezession wirkt sich deshalb in der Beschäftigungslage mit Verzögerung aus und wird erst akut, wenn sie längere Zeit dauert.

Beides – weniger starke konjunkturelle Ausschläge bei Infrastruktur-Investitionen und lange Durchlaufzeit im Grossmaschinenbau – bedeutet, dass Bestellungen und Arbeitsvorrat nicht so unmittelbar betroffen werden wie in konsumnahen Bereichen, wo die Kaufentscheide erheblich stärker von psychologischen Faktoren beeinflusst werden.

Aber auch im Bereich der Investitionsgüter-Industrie gibt es Unterschiede: Anlagen oder Produkte, die unmittelbar zusammenhängen mit Konsumgütern, wie Werkzeugmaschinen für die Autoindustrie, Einrichtungen für das Bauwesen und anderes mehr, werden sehr schnell von der Rezession betroffen. Beispiele hierfür sind auch Giessereien oder der Textilmaschinenbau, die sehr konjunkturrempfindlich sind.